

21.50, blaue
on, Kegelstrob
g. frei Haus,
station.

en.

ens.

a diplomatischen
ensbedingungen
en Diktat-
erungen diese
nen wird,
ngen beschreiten
der endgültige
Deutsche Reich

helbet aus dem
erste Sendung
Tonnen, die die
n, wird binnen
erhöht werden.
30 000 Tonnen
50 000 Tonnen
00 Tonnen Ge-
50 000 Tonnen
Tonnen Mehl.

land.
titarischen und
seit November
Umfang ange-
Kabinettsrate
ß von jetzt ab
ondere Erlaub-
ß dürfte allge-
erband hat seit
der deutschen
keine Studien-
n.

and.

den Anschlag
schlechtert. Eng-
wischen, Italien
Vertrages ge-
heiten zu fern
thaber auf die
ngt als Ent-
enschluß unge-
lichen Deutsch-
nigstens hin-
dürfte. Die
ger.

Die preußische
den Bewegung
zuverlässigen
Slowaken be-
angezogen, son-
ann zum Ein-
hat Kenntnis
und Tscheko-
erungen haben
Borgehen in
würde. Aus
Einmarsch in
solcher würde
hen Bewegung
man in Prag
nistischen Un-
und Tscheko-
schzeitige Ver-
von den Kom-
tern gebracht.
it strupelloser
Grenzschutz in

11, Kmt Bielefeld

bestellt

Bestellgeld

htig bezahlt.

1919

Bibliothek

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. -- Preis: Bei der Post gehört
oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den
Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 30 Pf., Restame-
nte 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 68. Bielefeld-Bethel, Freitag, den 21. März 1919. Jahrgang 1.

Alle Züchtigung, wenn sie da ist, dünkt sie uns nicht
Freude, sondern Traurigkeit zu sein; aber danach wird sie
geben eine friedsame Frucht der Gerechtigkeit denen, die da-
durch geübt sind. Hebr. 12, 11.

Wenn die Engländer es erlauben.

Jetzt, da das Ende des Krieges näher rückt und man
auf so manchen Gebieten vor die Frage gestellt ist: Wie
sollen wir die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder
anknüpfen? tritt auch an die Mission eine überaus ernste
Entscheidung heran. Wir haben sie vielleicht oft von uns
gewiesen, die Frage: Was soll nun aus der Mis-
sionsarbeit werden, die England so ohne allen
inneren Grund abgebrochen hat, die es bloß aus dem Grund
gestört und zerstört hat, um die verhaßten Deutschen auch
auf diesem Gebiet mit dem läßlichsten Makel zu beslecken,
um vor aller Welt die Deutschen so erscheinen zu lassen,
wie die Engländer eben selber sind, nämlich als Menschen,
die ein edles Werk nicht tun können rein aus edlen Be-
weggründen, denen auch die Mission vor allem Mittel
zum Zweck ist. Wir wollen die alten Zeitungen aus
dem Anfang des Weltkrieges jetzt nicht hervorholen, wir
wollen es uns diesmal ersparen, dies etelhasie Spiel wieder
aufzudecken. Wir lassen einstweilen diese Beweisstücke eng-
lischer Gemeinheit und Heuchelei liegen. Aber wir werden
sie nicht vergessen, wir werden sie noch oft genug brauchen!

Der Missionsbefehl lautet: Gehet hin in alle Welt!
Aber Gott hat es zugelassen, daß er, für gewisse Gebiete,
ruhte während des Krieges. Dieses Hemmnis war keine
Notwendigkeit des Krieges; daß die Engländer die Arbeit
der deutschen Missionare störten, geschah aus politischen
Gründen, wie schon gesagt wurde. Gibt's denn für diese
Arbeit bloß äußerliche Hemmnisse und nicht auch innere,
und können diese nicht noch stärker und zwingender sein als
jene? Noch wissen wir ja überhaupt nicht, wie sich die
Engländer zur Missionstätigkeit der Deutschen nach dem
Kriege stellen werden. Aber das wissen wir, daß sie diese
so segensreiche und selbstlose Arbeit der Liebe und des
Glaubens unterbrochen haben, daß es ein Gegenstand
sorgfältigster Erwägungen sein muß, ob die
Deutschen sie wieder aufnehmen dürfen und können. Wir
find der öffentlichen Erörterung darüber bisher aus dem
Wege gegangen. Nun sie aber angeschnitten ist, legen wir
Wert darauf, daß man dem Ernst der Entscheidung nicht
in allgemeinen Wendungen ausweicht, sondern daß man
sich der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt wird, ja daß
man unter Umständen eine endgültige, für alle verbindliche
Lösung ablehnt.

In dem Aufsatz: „Wo sollen deutsche Mis-
sionare nach dem Kriege arbeiten?“ in Nr. 52
des „Aufwärts“ ist die Frage vor allem vom Standpunkte
des Missionsfreundes aus beleuchtet. Ich glaube
diese Auffassung ganz verstehen und nachfühlen zu können,
und ich bin überzeugt, daß sich die Mehrzahl der Christen,
die sich zur Missionspflicht bekennen, gern dieser Weise
fügen werden. Wir ist es unmöglich, die Frage mit einer
so einfachen Entscheidung abzutun.

Sich „unter englischen Hochmut beugen“ ist wahrlich
nicht das Schlimmste, das haben wir schon gelernt und wer-
den es noch immer besser lernen. Auch brauchen wir nicht
erst „den deutschen Jörn“ in uns zu besiegen. Dieser Jörn
vergeht dem deutschen Volk in dem Maße, als es die
Peitsche des Sklavenhalters von Tag zu Tage schärfer auf
seinem Rücken fühlt. Im Namen der Menschlichkeit und
Gerechtigkeit hält uns England fest umschlossen mit dem
eisernen Ring, sogar das bishen Handel mit Finnland ist
jetzt noch untersagt worden. Bald wird England sein
Ziel erreicht haben. „Jörn“ ist keine Empfindung
einem so Entsetzlichen, Grauensvollen, in seiner satanischen
Scheußlichkeit dämonisch Übermenslichen gegenüber. Die
hohle schlotternde Angst von 70 Millionen wird sich zu-
sammenfassen in einem einzigen Schrei um Erbarmen! —
Diesem Feinde hat nicht „Gott die Macht gegeben“; es er-
scheint mir fast frevelhaft, das zu sagen; eher hat's der

Teufel getan. Aber Gott hat es zugelassen. Darüber wollen
wir nicht mit ihm rechten, müssen wir doch täglich aufs
neue bekennen, daß wir solch Gericht verdient haben. Es
ist aber nicht gleichgültig, ob ich von einem göttlichen Tun
oder einem Zulassen rede. Denn im ersten Falle folgt
daraus alsbald: dann müssen wir uns auch unter Gottes
starke Hand und die der Engländer beugen und überall da
Mission treiben, „wo die Engländer es erlauben“.

Hätten die Engländer als offene Feinde des Glaubens
unsere Missionare vertrieben, mißhandelt und geschmäht,
so wäre das kein Grund für unsere Mission, dauernd auf
das englische Gebiet zu verzichten. Nun haben sie aber die
Mission sehr unserer Leute besudelt, dadurch haben
sie ihr Berufsamt selbst im Keim zu treffen gesucht. Denn
wenn diese Arbeit geleitet ist von politischem Eigennutz,
dann ist es keine Mission, und wenn der Missionar kein
Verkünder des Evangeliums ist, sondern ein verkappter po-
litischer Agent und Spion ist, so ist er kein Missionar. Von
solchen Erlebnissen steht doch auch in der Schrift etwas; da-
von hat der Heiland seinen Jüngern gesagt, daß sie den
Staub von ihren Füßen abschütteln sollen über solchen Ort.
Aufs handgreifliche Hinausgeworfenwerden brauchen sie's
nicht ankommen zu lassen.

Was aus der Mission werden soll, brauchen wir unsere
Sorge nicht sein zu lassen; dafür wird Gott schon sorgen.
Er hat diese weltgeschichtliche Entscheidung, die zugleich
ein Zusammenbruch der deutschen Mission auf dem eng-
lischen Gebiet war, zugelassen, er wird auch den Wieder-
aufbau herbeiführen zu seiner Zeit. Und sollte jemand
zweifeln, es fände sich für die dann frei werdenden Kräfte
christlichen Glaubens kein geeignetes Arbeitsfeld an
anderem Orte? Sehen wir uns doch in der nächsten Um-
gebung um! Wenn alle diese Kräfte sich der inneren Mis-
sion zuwenden wollten, was für Segen könnte daraus er-
wachsen! Es wird mich ja niemand so verstehen, als wollte
ich die ganze äußere Mission abbauen. Aber gerade die
fürchtbaren Räte der Gegenwart zeigen doch jedem denken-
den und fühlenden Christenmenschen, was es da noch zu
tun gibt an unsern armen, verlorenen Geschlecht. Daß ihm
geholfen werde, das ist doch auch Gottes Wille.

Die Hauptschwierigkeit in unserer Frage kommt daher,
daß es sich nicht um die Ehre und den Ruf des
einzelnen handelt, sondern um den des ganzen
deutschen Volkes. Der einzelne kann sich gänzlich
hinwegsetzen über jede persönliche Kränkung und Verge-
walkung, um ganz einer großen, heiligen Sache zu dienen.
Aber wenn dabei die Ehre seines Volkes berührt wird, so
steht die Entscheidung nicht mehr bei ihm allein.
Jedenfalls hat er dafür zu sorgen, daß durch ihn seinem
Volke kein Schaden geschieht. Dieses würde der Fall sein,
wenn sich deutsche Männer der Gefahr einer so gemeinen
Behandlung aufs neue wollten aussetzen. Wer um Christi
Willen Schmach leiden will, hat dafür zu sorgen, daß er
nicht andere, vor allem nicht sein eigenes Volk, in Mit-
leidenschaft zieht. Wenn er von diesem dazu ermächtigt
würde, so wäre er tadellos, anders aber nicht. — So weiß
ich für diesen Fall nur den einen Ausweg: Wer es für
seine Christenpflicht hält, als Missionar in englisches Ge-
biet zu gehen, der sehe sich zugleich von seinem
Volke! Das ist dann freilich schmerzhaft für beide Teile;
aber das Denken bleibt klar und das sittliche Empfinden
und Urteilen bleibt rein. Dann kann er seiner großen Auf-
gabe leben, ohne sein Volk zu gefährden.

Wilson's 14 Punkte ein raffiniertes diplomatisches Coup.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:
Wie lächerlich es ist, jetzt noch in den 14 Wilsonschen
Punkten die einzige Rettung zu sehen, erweist am besten die
jetzige Handhabung derselben durch die Entente. Der erste
Punkt verlangt z. B., daß die Friedensverträge öffentlich
zustandekommen. Trotzdem sind die Pariser Vorbesprechungen
zur Friedenskonferenz streng geheim, ja Clemenceau hat
sogar grundsätzlich Wilsons Forderungen abgelehnt, die die
Öffentlichkeit für diplomatische Verhandlungen verlangte.
Weiterhin spricht Wilson von einer Freiheit der Schifffahrt.
Dieser Punkt ist in bezug auf Deutschland von der Entente
aufs einfachste realisiert. Sie nimmt uns unsere Handels-

fahrzeuge einfach weg, so daß man von einer freien deutschen
Schifffahrt auf dem Meere nicht mehr sprechen kann, wohl
aber von einem Meere, das von der deutschen Schifffahrt
frei ist, weil dasselbe gar nicht mehr existiert. Mehr als
an die beiden erwähnten Punkte wird sich die Entente wohl
an den Punkt halten, der die Beseitigung aller wirtschaft-
lichen Schranken verlangt. Denn derselbe kann unseren
Feinden nur Vorteile bringen. Er dürfte wohl eine
Ententeisierung unseres gesamten Geld- und Industrie-
marktes und endlich den ganz mittelalterlich anmutenden
Austauf der deutschen Intelligenz durch die Ententeländer
bezwecken. Wir Deutschen haben ja fast nichts mehr zu
geben, die Feinde werden uns das Ihre bringen und uns
dafür zu ihren Sklaven machen. Was die Abrüstung, die
der amerikanische Präsident fordert, anbelangt, so sieht man
einerseits bei unseren Feinden riesige neue Rüstungs-
budgets, andererseits jetzt schon den Willen von ihnen aus-
gesprochen, unsere Heeresmacht auf ein Minimum herunter-
zusetzen, das niemals irgendwelchen Übergriffen von außen
her Widerstand entgegenzusetzen vermöchte. Soweit man
aus Pressestimmen den Regierungswillen im Ausland er-
sehen kann, zeigt sich, daß die Entente die von Wilson ge-
forderte weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung
aller kolonialen Ansprüche in dem Sinne auffaßt, daß sie in
weitherzigster Weise unter sich die deutschen Kolonien ver-
teilt, ohne Deutschlands Ansprüche überhaupt eines Wortes
zu würdigen.

Diese wenigen Beispiele genügen, um die Parteilichkeit
und Uneigennützigkeit der Entente in diesen Fragen zu be-
leuchten. Vom Geiste des Völkerbundes ist
dort nichts, aber auch gar nichts zu bemerken.
Bewundernswert ist nur, wieviel Urteilslosigkeit und
Stumpfsinn die Staatsmänner der Entente bei den
Deutschen voraussetzen. Denn sie wagen es, von Völkerbund
mus und ihre Vernichtungsfucht klar zutage treten lassen.
Nach ihrem Willen würden wir nur die Ausgebauten und
das Objekt ihrer Habgier und Gewaltpolitik sein. Aber
selbst angenommen, die 14 Punkte würden im Wilsonschen
Sinne bei dem großen Völkerbunde durchgesetzt, so wäre da-
mit noch lange nicht das erreicht, was wir Deutschen uns
wünschen. Denn auch die 14 Punkte sind kein Evangelium,
sondern ein raffiniert ausgedachtes diplomatisches Altes-
stück, das unter dem Schein christlicher Nächstenliebe eine
rein egoistische Politik darstellt.

Die Stellung der Revolution zu den Gewerkschaften.

In einer Nachmittagsitzung des Revolutions-Partei-
tages der U. S. P. wurde beschlossen, einmal die Gewerk-
schaftsfrage zu behandeln. Genosse Dismann-Frankfurt be-
gründete dazu die folgende Resolution:

Die Revolution, die Durchsetzung des Rätesystems, um
die in ihre Hand zu legende politische und wirtschaftliche
Macht ändert auch die seitigerige Stellung der Gewerk-
schaften im öffentlichen Leben. Die revolutionäre Entwid-
lung ist jedoch nach in Fluß und heute der Zeitpunkt ver-
fügt, um bereits die Stellung der Gewerkschaften im zu-
künftigen Gesellschaftsleben in ihren Einzelheiten festzu-
legen. Die Arbeiterklasse hat zu verlangen, daß die Gewerk-
schaften als eines der Kampfglieder im Befreiungskampfe
des Proletariats den revolutionären Kampf der Arbeiter-
klasse aufs nachdrücklichste unterstützen.

Auf das schärfste ist zu verurteilen, wenn ein wesent-
licher Teil der Gewerkschaftsangehörigen, wenn die Gewerk-
schaftsbureaucratie dem revolutionären Kampfe des Prole-
tariats teilnahmslos oder gar feindlich gegenübersteht,
diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützt,
sondern ihm die größten Hemmnisse bereitet. Ein solches
Verhalten steht auf gleicher Stufe, wie die Politik der Ge-
werkschaften während des Krieges, deren Führer im Ver-
ein mit den Rechtssozialisten den Boden des Klassenkampfes
verließen, den Sozialismus preisgaben, zum Träger der
Kriegspolitik wurden und damit die Interessen des Prole-
tariats aufs schwerste schädigten. Pflicht der Gewerkschafts-
mitglieder ist es, der gekennzeichneten Politik jener Ge-
werkschaftsführer und Angestellten mit aller Entschieden-
heit entgegenzutreten, die Schäden innerhalb der Gewerk-
schaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den
Boden des revolutionären Klassenkampfes.

Um dieses zu erreichen und damit den Interessen des Proletariats zu dienen, ist es notwendig, daß sich jedes Mitglied der U. S. P., daß sich alle Anhänger des revolutionären Proletariats in den Gewerkschaften betätigen.

Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.

Mit dieser prinzipiellen Stellung zu den Gewerkschaften läßt der Parteitag die Organisationsfragen und Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, die umstrittenen Organisationsformen im Gewerkschaftsleben u. a. unberührt.

Der Parteitag empfiehlt den Gewerkschaftsmitgliedern der U. S. P. die Einsetzung einer zentralen Kommission, die mit Unterstützung gleicher Kommissionen in den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten des Landes die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Tendenzen und Erscheinungen beobachtet, Informationen austauscht, den Genossen mit Material dient usw., im übrigen aber an ihrem Teil die gesteigerte Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zu fördern sucht.

Die Resolution wurde von der Kommission einstimmig angenommen. Genaue Feststellungen über die zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften erschienen ihr nicht angebracht. Wenn das Rätesystem das Kampfinstrument des Proletariats wird, wird das die Aufgaben der Gewerkschaften stark beeinflussen. Heute sind die Gewerkschaften noch unentbehrlich, wenn die von der Gewerkschaftsbürokratie herührenden Erscheinungen auch tief zu beklagen sind. Aber bereits heute nehmen die Räte den Gewerkschaften manche Aufgaben ab. Vielfach haben die Räte mit den Gewerkschaften dabei zusammenzuarbeiten gesucht. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten der künftigen Entwicklung; es würde nicht angemessen sein, da bereits einen ganz bestimmten Weg vorzugreifen. Wenn wir die Gewerkschaften als unentbehrlich und der Partei gleichberechtigt anerkennen, müssen wir aber auch verlangen, daß sie sich als Kampfsmitglieder im Befreiungskampf des Proletariats fühlen und betätigen. Ein bitteres Muß ist es leider, auszusprechen, daß zahlreiche Gewerkschaftsbeamte, wenn auch nicht alle, der Revolution nur Hemmnisse bereiten haben. Wenn die Regierung immer wieder gegen die Arbeiterparteien vorgegangen ist, so stehen auch dahinter oft gerade Gewerkschaftsbürokraten. Das muß anders werden. Mehrfach haben sich Bestrebungen geltend gemacht: Heraus aus den Gewerkschaften. Aber die Parteileitung hat dem gegenüber immer wieder betont: Die Gesundung der Gewerkschaften muß in ihnen selbst herbeigeführt werden. Eine andere Haltung hätte die Brandtafel in unsere eigenen Reihen geworfen und nebenbei den Legionen der größten Gefahren getan. Die Arbeit in den Gewerkschaften ist auch für uns politisch von größter Bedeutung. Die Genossen, die in den Gewerkschaften tätig sind, verschaffen sich dadurch am besten Einfluß auf die Arbeiter. Der den Gewerkschaften nach der Revolution gewordene Zustrom ist auf's lebhafteste zu begrüßen. Aber man darf jene Hunderttausende nicht einfach den Gewerkschaftsbürokratie preisgeben, das heißt, daß man die Führung mit ihnen behalten muß, indem man in den Gewerkschaften mitarbeitet. Die Kommunisten erzwangen im Ruhrgebiet mitunter mit sehr drastischen Mitteln den Austritt von Arbeitern aus den Gewerkschaften, um sie dann in neuen Gebilden wieder zusammenzuschließen. Wir müssen diese Praxis durchaus ablehnen. Wenn innerhalb der Gewerkschaften neue Organisationsformen erstrebt werden, ist das allerdings eine Sache für sich, die für die Stellung des Parteitagges auscheiden muß. Die Arbeit in den Gewerkschaften gegen die bisher herrschende Bürokratie ist keine Einflüsterarbeit, das beweisen die Vorgänge im Berliner Metallarbeiterverband und an anderen Stellen. Gelingt es aber, die Gewerkschaften gesund zu machen, wird keiner den Siegeszug des Proletariats aufhalten können.

In der Diskussion nahm zunächst das Wort Gen. Schilling-Beilin: Die Gewerkschaften sind noch heute Gegner

des Rätesystems. In den Arbeitsgemeinschaften sind sie dafür ein Bündnis mit dem Kapital eingegangen. Aber der Gesundungsprozeß wird wohl jetzt rascher vor sich gehen. Die vorgesehene Kommission wird zweifellos fruchtbare Arbeit leisten können.

Die Debatte wurde darauf geschlossen und die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Preuß. Landesversammlung.

Am Ministertisch: Hirsch, Gaenisch, Fischbeck, Reinhardt.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr und teilt mit, daß einige in Posen gewählte Abgeordnete vom polnischen Generalkommando in Posen keine Reiseerlaubnis erhalten haben. (Hört, hört!) Der Abg. Rau, der sein Mandat niedergelegt hat, hat diese Niederlegung wieder zurückgezogen und ist wieder Mitglied des Hauses. (Hört, hört!) Zahlreiche Eingaben wenden sich gegen die Lösungsbestrebungen.

Abg. Gohn (U. Soz.) fragt an, ob der Abgeordnete, der sein Mandat wieder angenommen habe, tatsächlich nun Mitglied des Hauses wieder sei.

Präsident Reinert erklärt, daß die Wahlprüfungskommission sich mit der Frage beschäftigt merde.

Auf der Tagesordnung stehen dann förmliche Anfragen der Deutschen Volkspartei über die Errichtung des Transportwesens, über die Lösung des Wirtschandes, die Bedienung der freien Berufe, die Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Staats- und Kommunalverwaltung und die Bedeutung des Handels für das Wirtschaftsleben. Die rheinischen Abgeordneten führen Beschwerde über die Besetzung der Rheinlande mit schwarzen Truppen. Ministerpräsident Hirsch erklärt sich bereit, alle diese Anfragen in den nächsten Tagen zu beantworten.

Darauf wird über die zur Frage des Belagerungszustandes vorliegenden Anträge abgestimmt.

Ein Antrag Hoffmann zur Prüfung der Vorzüge einer Kommission aus Abgeordneten und Mitgliedern des Volkstages einzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 342 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Einstimmig angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, eine Kommission des Hauses aus 21 Mitgliedern einzusetzen, die die Vorgänge in Berlin und anderen Teilen Preußens prüfen soll und die das Recht hat, Einsicht in die Akten zu nehmen, wenn das Verfahren dadurch nicht gestört wird.

Abg. v. Kries (Dnat.) begründet darauf einen Antrag auf Freilassung von Mitgliedern der Landesversammlung, die durch die Polen festgehalten werden.

Ministerpräsident Hirsch: Wir haben bereits Anfang März mittelbar und unmittelbar versucht, die Freilassung zu erreichen. Unsere mittelbaren Versuche sind erfolglos geblieben; unsere unmittelbaren Anfragen an die Polen in diesem oder jenem Einzelfalle sind von ihnen

überhaupt nicht beantwortet worden.

(Hört, hört!) Ebenso erging es einem seitens der deutschen Regierung von Weimar aus gerichteten Ersuchen. Infolgedessen ist der preußische Kommissar bei der Waffenstillstandskommission, Herr Staatsminister Dr. Drews, bei seinem Aufenthalt am 14. März in Berlin von uns ersucht worden, alsbald nach der Rückkehr nach Posen bei der Interalliierten-Kommission in Posen auf die Freilassung hinzuwirken, und schließlich ist auch dieses Ersuchen unter namentlicher Benennung der betreffenden Herren am 15. März an die Deutsche Waffenstillstands-Kommission in Posen wiederholt worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen, dagegen liegt uns ein Telegramm vom 17. März aus Posen vor, worin es heißt: Ausreise der Abgeordneten zur Preussischen Landesversammlung erst nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes möglich. Wir haben versucht, was in unseren Kräften steht, um den Wunsch des Antrages zu erfüllen; wenn er angenommen wird, werden wir selbstverständlich unsere Bemühungen fortsetzen und hoffentlich zum Erfolg führen.

Abg. Wendt-Bromberg (Soz.): Auch meine Partei

unterstützt den Antrag und ermahnt die Regierung, alle Schritte zu tun, damit vor allen Dingen die Abgeordneten ihre Pflicht erfüllen können, und damit auch die internen Verhältnisse wieder freigelegt werden.

Abg. Kronjohn (Dem.): Die Antwort der Regierung genügt mir und meinen politischen Freunden nicht. Wir hätten von der Regierung einen ganz anderen Ton erwartet, wir hätten erwartet, daß sie erklären würde, sie könne sich das

unter keinen Umständen weiter gefallen lassen. (Sehr richtig! und lebh. Zustimmung.) Sie habe keine Lust, noch weiter auf Antwort zu warten, sondern sie verlange eine Antwort, und lehne bis dahin jede weitere Verhandlung ab. (Beifall.)

Abg. Bräunlich (D. Vp.): Die Tatsache, daß es mir vergönnt ist, als erste der hier anwesenden Frauen das Wort zu ergreifen, wird alle diejenigen mit lebhafter Genugtuung erfüllen, die seit mehr als einem Menschenalter für die Gleichberechtigung der Frauen gekämpft haben. Was den Antrag selbst anlangt, so wünsch ich meine politischen Freunde, daß die Regierung energische Schritte gegen das Treiben autoritärer preußisch-polnischer Nationalität ergreift. Es ist gesagt worden, diese Bezirke bräuchten nicht einmal soviel Steuern auf wie alle anderen der Regierungsbezirke Düsseldorf. Das ist richtig, aber sie bringen umso mehr

Brut, Getreide und Bier, die wir nicht entbehren können. Wenn diese Bezirke an die Polen fielen, so würden sie in ihrer Kultur zurückgeworfen werden.

Abg. Vichtenstein (U. Soz.): Wir stimmen für den Antrag. Ich weiß, daß in Oberschlesien eine nicht zu billige Propaganda von den Polen getrieben wird. Aber wir sollten auch von den preussischen Mitgliedern polnischer Zunge nicht Unrecht tun und ihnen keinen Anlaß geben zu Repressalien.

Abg. Wais (Ztr.) erklärt sich für den Antrag. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage zur vorläufigen

Ordnung der Staatsgewalt.

Der preussische Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung zur Vorberatung der Vorlage trat am Dienstag unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Hirsch und Groeß zusammen und verabschiedete den Entwurf. Die grundlegenden Bestimmungen der Verfassungsvorlage wurden durchgesehen, aufrechterhalten.

So wurde gegen die Angriffe der Rechten das Wort „Republik“ in dem grundlegenden § 1 der Verfassung aufrechterhalten. In § 2 wurde die Ernennung der Ministerien dem Präsidenten der Landesversammlung zugewiesen. Der Gedanke der Einigung eines gemeinsamen Staatspräsidenten fand nur noch geringe Vertretung, aber auch der Antrag der Demokraten, den Ministerpräsidenten durch die Landesversammlung selbst zu wählen, fand keine Mehrheit. Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige beschloßen die Ministerernennung durch den Präsidenten der Landesversammlung. Die Kommission erweiterte ferner den Verfassungsentwurf durch eine Anzahl von Bestimmungen über die Vorordnungsrechte, Legationsrechte und Nachprüfung seit der Revolution erlassener Verordnungen.

Bestritten wurde u. a. das Recht der Regierung, die Verfassung zu ändern. Endlich wurde eine Resolution angenommen, welche die preussische Regierung ersucht, durch die Reichsregierung auf die Nationalversammlung einzuwirken, daß sie für die Mitglieder der Nationalversammlung und des künftigen Reichstages in Aussicht genommenen Immunitätsbestimmungen auch auf die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen der Einzelstaaten ausdehne.

Russische Zustände.

Das war laut Lebensmittelfarten etwas billiger, aber nicht erhältlich. Daher war man auf Schleichhandel angewiesen, wenn man nicht verhungern und sich kleiden wollte. Aber alles war auch im Schleichhandel schwer erhältlich zu obigen Preisen, die in item Wadstum begriffen sind. So waren es eben auch die schwierigen Lebensverhältnisse, die mich, schon meiner Mutter, meiner Frau und Geschwistern zu Liebe veranlaßten, zu reisen, denn sie wollten mich nicht allein in diesem Lande unbegrenzter Möglichkeiten zurücklassen, und andererseits wollte ich sie nicht allen Eventualitäten ausgesetzt wissen, wenn ich bleibe. Ich tat gut, denn nun ist in Rußland die Lösung: „Es rette sich, wer kann“. Die Schweizer Gesandtschaft und Kolonie reist ab. 5. Futter für die Pferde war nicht zu haben. 16. Ko. = (1 Pud Heu) 100 Rbl. Hafer wurde anstatt den Pferden den Menschen statt Brot in rohem Zustande gegeben, laut Karte 300 Gr. den Arbeitern pro Tag, 200 Gr. der Intelligenz, den Pferden nichts. Was die Leute mit dem Hafer anfangen, war nun ihre Sache. Holz konnte ich zur Zeit meiner Abreise in diesem holzreichen Rußland keines zum Heizen erlangen, jetzt kostet etwa ein Klotter 500 Rbl. Sicherlich ist alles was in der Baumschule an Brennbares vorhanden war, verbrannt worden: die Zäune, die große Menge Allee- und Solitäräume usw., dann, wenn 20—25 Grad Kälte herrscht und nichts zum Heizen da ist, dann nimmt man eben, was man findet. Ein Teil meiner Pferde wurde mir gestohlen oder requiriert, zu Schandpreisen von 250—500 Rbl., und als ich welche kaufen wollte, hätte ich 15 000 Rbl. für ein Pferd zahlen sollen, den gleichen Preis für eine Kuh usw. — Sie sehen ganz unmögliche Verhältnisse, dazu entsetzliche Steuern. So wurde z. B. kürzlich auf die Bourgeoisie eine Steuer von 10 Milliarden Rbl. auferlegt und zu diesem Zweck 50 Prozent der Bankguthaben konfisziert.

6. Alles Geld auf der Bank, was über 10 000 Rbl. betrug, wurde Privaten konfisziert, Aktien, Obligationen oder Wertpapiere irgendwelcher Art wurden direkt abgenommen, nur Geschäfte und Unternehmungen durften ihre Gelder behalten, aber nicht ohne Bewilligung des Arbeiter-Komitees jeweiligen Summen zur Auszahlung haben. Ein Arbeiter erhielt zur Zeit meiner Abreise etwa 50 Rbl. pro Tag, jetzt 100—200 Rbl. pro Tag und hat zu wenig zu leben bei herrschender Teuerung. Jeglicher Handel in unserem Baumschulsaß war lahmgelegt. Seit der Bürgerkrieg im Lande tobte, die sonst laustufige Bourgeoisie ruiniert, ihres ganz im Lande durch den Bolschewismus ruiniert, ihres Hab und Gutes, ihrer Ländereien und Häuser beraubt war, seit dieser Zeit stotterte der Handel völlig, also seit etwa Herbst 1917, dazu verlagte das Post- und Bahnwesen; verschiedene, sonst zueinander gehörige große Striche des Reiches: wie Finnland, Polen, die Ukraine, Sibirien, der Kaukasus, die baltischen Provinzen, waren voneinander getrennt, so wurde auch das Absatzgebiet verringert. Wie sollte da eine Baumschule existieren? Sie sind in ganz Rußland ruiniert, ebenso die Gärtnereien. Letztere hatten es noch besser, da in den Großstädten die durch Raub und Konfiskation reich gewordenen Proletarier, viel für Schnittblumen und blühende Topfpflanzen anwandten. Dazu brauchte das kaufende Publikum ja kein Land noch Arbeiter, wie zum Anpflanzen von Baumschulware. Aber zum Herbst 1918 schlossen (laut letzten Berichten vom Januar 1919) ist nun aller Privathandel nationalisiert, d. h. die Privatschäfte, jegliche Industrie usw. nationalisiert, alle Lager ausgeraubt. Nur Kronsläden sind hier und dort geöffnet, dort aber für hohes Geld kaum etwas zu haben.) die meisten Blumengeschäfte ihre Gärtnereien, aus Mangel an Brennholz, Fehlen an ausländischer Treibware, wegen Unmöglichkeit die Treibhäuser zu reparieren (viele zerfielen und verfaulten) wegen zunehmender Teuerung der Arbeitskraft usw. Es herrscht im ganzen wirtschaftlichen

Leben der vollste Verfall. So habe ich denn alles verlassen. In unsere Wohnhäuser sind sicher Proletarier eingedrungen worden, die alles darin ausrauben und demolieren (wir haben alles darin lassen müssen, denn jeder durfte nicht mehr als 48 Rbl. mitnehmen), meine große, schöne Bibliothek ist sicher nicht mehr da, ebenso der große Kartenkatalog (enthaltend über 30 000 Karten) mit genauen Angaben über das riesige erprobte Stauden- und Gehölzmaterial, Erfahrungen im Laufe von über 55 Jahren. Mein Gelddepot in der Schweizer Gesandtschaft zu Petrograd ist wohl ausgeraubt worden — es kam bis dato nicht an — so bin ich denn mit meiner alten Mutter, meiner Frau und Schwester, sowie meinem Bruder hier angekommen, froh, mein Leben gerettet zu haben. Schiffbrüchig, mittellos, bei meinem Bruder wohnend, sehe ich mich nun nach Arbeit um, doch ist es damit zu dieser Zeit auch hier schwach bestellt, zumal in Baumschulen. Meist sind die Betriebe klein, der Chef mit seinen Gehilfen und Tagelöhnern besetzt alles selbst, und kann man meist nur zeitweilige Arbeit im Tagelohn finden, zur jeweiligen Aushilfe, wo es gerade not tut. Die einzige Erinnerung, die mir an meine Baumschule geblieben ist, sind an 600 prächtige photographische Aufnahmen von Stauden, die mein Bruder in unseren Baumschulen aufgenommen und noch rechtzeitig nach der Schweiz geschickt hat. Diese möchte ich nun verwenden und darüber schreiben. Eigentlich waren solche für ein russisches Werk bestimmt, das ich in Angriff genommen hatte, doch nun liegt es in weiter Ferne.

Ja, werden wir je unser Land zurück und den Schaden vergütet erhalten? Ich fürchte, daß in Rußland die Verhältnisse noch für lange Zeit unruhig bleiben und für Baumschulen, die doch intensivierte Arbeit verlangen, mit dortigen Arbeitstagen wohl kaum etwas anzufangen sein wird. Es wird verlorene Mühe sein.

Am
Ein
deten ist.
15. März
weiterer
am 17. M
Mar
der er
mission
gen deut
deutsche
mission
sche Geb
hen vert
glaube n
daß die
preußen
sicht sei
Wechsel
leicht dem
welcher
Ruda
General
here Erkl
Die
unter Ang
unterlung
Koblenz
gierung
Prüfung
Gebietes
Mainz
Der b
den deut
ben des
las, wegen
des Gottes
schrit erbi
einer Man
Anordnun
mit einer
Gegen
beamtet, d
bedeutet, i
teit einge
Die
Nach
die Vorbe
Grenzen
beginnt b
nischen Ge
Distrikt
Deutschland
Deutsch-A
demüßl.
fener Distri
Birnbaum.
ben noch e
sten beziehe
berg noch
außer Hwe
Eisenbahnli
chische Gren
Der „A
diens Verid
chen fertig.
gabe Eliaß-
langt. Weir
die bayeris
politische
machen.
Sabas
Kriegsgrates
Wenungen
den Borst
menceau. U
gouttes und
Blüten- un
Die Re
mit der eni
dingungen.
auferlegt we
der Affierte
Befannt
lands vorge
ganisation a
terzeichnung
zupaffen hat
ständiges He
stem der Fr
Dienstzeit. Je
Kriegsbetrie
wefens. Ab
gen von u
werden. Der
militärischen
besteht.
Je meh
Konferenz d
frieden volle
land im Bo
tert. ob Deu
oder nicht
tiefel im Vn
Deutschland
übergroße Te
den Frieden
Handelsbezieh
fel daran.

die Regierung,
Dingen die Ab-
en, und damit
gelassen werden.
antwort der Re-
itischen Freun-
ung einen ganz
wartet, daß sie
lassen.
Sie habe keine
arten, sondern
bis dahin jede

Sp.): Die Tat-
te der hier an-
sen, wird alle
erfüllen, die se-
ie Gleichberech-
Bas den Antrag
eine politischen
Schritte gegen
polnischer Na-
n, diese Bezirke

auf wie all-
ist richtig, aber
e,
diese Bezirke
r ihrer Kultur

immen für den
eine nicht zu
getrieben wird.
n Mitgliedern
d ihnen keinen

den Antrag.
genommen.
Vorlage zur

Stimmungs-

ischen Landes-
ver, a u g trat
ordie en Dr.
abshl e ere den
ungen der Re-
echterhalten.
Rechten das
s l der Ver-
des Ernenn-
ung
andesverfamm-
neigung eines
noch geringe
Demokraten,
undesverfamm-
hebeit. Ben-
ge beschloßen
nten der Ban-
eitere ferner
ahl von Be-
eglau t u g s-
on erlassener

er Regierung,
ch wurde eine
preußische Re-
ung auf die
ie die für die
nd des künf-
men Immuni-
er der gezeig-
en ausdehne.

alles ver-laffen.
ter eingeseidelt
molerieren (wir
er durfte nicht
schöne Biblio-
große Karten-
t genauen An-
s- und Gehölz-
er 55 Jahren.
haft zu Petro-
bis dato nicht
Rutter, meiner
hier angelom-
Schiffbrüchig,
ich mich nun
Zeit auch hier
st sind die Be-
d Tagelöhnern
ur zeitweilige
Aushilfe, wo
g, die mir an
600 prächtige
meine Bruder
noch rechtzeitig
ich nun ver-
waren solche
n Angriff ge-
ferne.

den Schaden
land die Ver-
eiben und für
erlangen, mit
zufangen sein

Aus der Waffenstillstands-Kommission.

Ein Transport von 314 deutschen Schwerverwundeten ist, wie die britische Kommission mitteilte, am 15. März von Rouen nach Köln abgegangen. Ein weiterer Transport mit 360 Schwerverwundeten soll am 17. März von Etaples aus folgen.

Marshall Foch ließ eine Note übermitteln, in der er für die Mitglieder der internationalen Kommission in Polen volle Bewegungsfreiheit im ganzen deutschen Gebiet östlich der Weichsel fordert. Der deutsche Vorsitzende fragte an, ob also die Kommission, welche doch nur für Polen und das polen-sche Gebiet zuständig sei, auch in Ost- und Westpreußen verkehren können soll. Rudant antwortete, er glaube nicht, daß der Geist der Note Fochs der ist, daß die alliierten Delegierten in ganz Ost- und Westpreußen herumreisen werden. Seine persönliche Ansicht sei, daß die Kommission in einem östlich der Weichsel gelegenen Gebiet verkehren wolle, das viel leicht den Korridor bilden werde.

Welcher Polen mit dem Meer verbinden soll.

Rudant betonte hierbei das Wort „vielleicht“. General v. Hammerstein ersuchte darauf Rudant, nähere Erklärungen einzuholen.

Die französische Kommission hatte vor kurzem unter Angabe verschiedener Gründe die deutsche Regierung gebeten, einer Vereinigung der Brückenköpfe Koblenz und Mainz zuzustimmen. Die deutsche Regierung ließ antworten, daß sie sich nach sorgfältiger Prüfung der Frage mit der Befestigung des neutralen Gebietes zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz nicht einverstanden erklären könne.

Vertretung der kirchlichen Freiheit.

Der belgische Polizeikommissar von Odenkirchen hat den deutschen Pfarrer Helm, welcher drei Kirchengeldern des Kardinals Hartmann auf der Kanzel verlas, wegen Vornahme politischer Handlungen während des Gottesdienstes verwahrt. Eine Rechtfertigungsschrift erhielt der Geistliche vom Polizeikommissar mit einer Mandamentierung zurück, worin er auf seiner Anordnung bestand und für ein n Wiederholungsfall mit einer schweren Bestrafung drohte.

Gegen dieses Vorgehen des belgischen Polizeibeamten, das eine Vertretung der kirchlichen Freiheit bedeutet, ist deutscherseits in Spa nachdrücklich Protest eingelegt worden.

Die Festlegung der Grenzen.

Nach einer holländischen Meldung aus Paris sind die Vorbereitungsarbeiten für die Festlegung der Grenzen von Deutschland fertig.

Die vorgeschlagene Oisgrenze

beginnt bei der Oissee. Danzig gehört zum polnischen Gebiet (!), das einen kleinen pommerischen Distrikt umfaßt. Das polnische Volk überläßt (!) Deutschland die Distrikte Bütow, Schlochau und auch Deutsch-Krone und bekommt dafür Königs- und Schneidemühl. Es überläßt Deutschland fernerhin die Posener Distrikte Schwerin und Meseritz, wogegen Polen Birnbaum, Wissa und Krotoschin bekommt. Es bleiben noch einige Zweifel über die Grenzen von Schlesien bestehen, weil das Schicksal von Groß-Wartenberg noch nicht bekannt ist. Ganz Oberschlesien soll außer Zweifel Polen gehören, und zwar mit der Eisenbahnlinie Ratibor-Oberberg, während die tschechische Grenze sich über Neustadt hin anschließt.

Die Westgrenze.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Daniels Bericht über das Rheingebiet ist seit zwei Wochen fertig. In dem Bericht wird die absolute Rückgabe Elzab-Vorbruggens, das Saarthal einbezogen, verlangt. Weiter wird vorgeschlagen, Rheinpreußen und die bayerische Pfalz zu einem in militärischer und politischer Hinsicht zu neutralisierenden Staat zu machen.

Die Entwaffnung.

Havas meldet: In den Beratungen des Obersten Kriegesrates trat die völlige Uebereinstimmung der Meinungen zutage. Präsident Wilson hatte wieder den Vorstoß der amerikanischen Delegation inne. Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Foch, General Desgouttes und die militärischen Sachverständigen des Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen. Die Deutschland hinsichtlich seines

Schiffes, Flotten- und Flugwesens außerlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß der Alliierten verfaßte Wortlaut wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung der ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein ständiges Heer wird beibehalten, desgleichen das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfwährige Dienstzeit. ferner die Abschaffung der Küstungen, der Kriegesbetriebe, der Kriegsflootte und des Militärflugwesens. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Ausrüstung Deutschlands besteht.

Holländische Stimmen.

Je mehr der Zeitpunkt naht, wo die Pariser Konferenz die Vorbereitungen für den Präliminarfrieden vollendet hat, um so lebhafter wird in Holland im Volke und in der Presse die Frage erörtert, ob Deutschland den Entwurf unterzeichnen wird oder nicht. Während der „Telegraaf“ in einem Artikel im Anschluß an Erzbergers Rede betont, daß Deutschland den Frieden unterzeichnen muß, bezog der überaus große Teil des Volkes, das nichts sehnlicher als den Frieden herbeisehnt und verlangt, daß die alten Handelsbeziehungen wieder angeknüpft werden, Zweifel daran.

Diese Stimme kommt auch in der Presse zum Ausdruck. Was wird die deutsche Regierung tun, fragt „Nieuws van den Dag“. Wird sie wirklich die Unterzeichnung des Friedens abzulehnen wagen, und sich weiter auf Wilsons Prinzipien berufen? Die Stimmung, welche in der letzten Zeit in der deutschen Presse zum Ausdruck kam, ist nun auch auf die Regierungskreise übergegangen. Das Blatt verweist auf Erzbergers Rede und schreibt weiter: Aus seiner Rede läßt sich ersehen, daß die heutige deutsche Regierung nicht den Mut hat, um den Frieden, wie ihn die Alliierten vorschlagen, zu unterzeichnen. Hieraus kann sich ein unendlicher und langwieriger Prozeß entwickeln. Erzberger meint, das deutsche Reich verlange, daß die Freiheiten, die den anderen europäischen Ländern zugute kommen sollen, ihm nicht verweigert werden dürfen. Mit Recht darf er sagen, daß nun auf der Entente eine unerhörte Verantwortlichkeit ruht.

Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs.

Der frühere österreichische Ministerpräsident Dr. Lammasch ist nach Paris berufen worden, um die Staatsmänner der Entente über die Verhältnisse in Oesterreich zu unterrichten.

Das Staatsamt für Aeußeres ist zwar von der Reise Dr. Lammaschs nach Paris verständigt, dieser ist jedoch ohne Vollmachten des Staatsamtes für Aeußeres nach Paris gefahren.

Es ist anzunehmen, daß seine Mission bei den bevorstehenden Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen wird. Von französischer Seite wurde bisher über die Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs folgendes Projekt bekannt: Deutsch-Oesterreich würde unter dem Schutz der Entente volle Neutralität zugesagt erhalten, ähnlich wie die Schweiz. Die Entente-Staaten würden die Wiederherstellung der Ordnung in den Finanzen übernehmen und zu diesem Zweck Anleihen bewilligen.

Verkehrspolitisch ist die Internationalisierung einiger Eisenbahnlinien des alten Oesterreichs gedacht zu dem Zweck, eine Verbindung von Westen nach Osten und von Norden nach Süden herzustellen. An eine sogenannte Donau-Öderation wird bei diesem Projekt nicht gedacht, wohl aber wird die Entente mit ihrem Einfluß bei den nationalen Staaten dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Deutsch-Oesterreichs, vor allem die Lebensmittelversorgung, die Versorgung mit Kohlen auch für die Zukunft dauernd gesichert werden.

Schon in den allerersten Tagen wird eine Ententekommission in Wien eintreffen mit der Aufgabe, die Durchführungsmöglichkeit dieses Projektes zu prüfen. Es verlaute ferner, daß der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nicht in schroffer Weise abgelehnt werden wird, sondern daß die Frage dem künftigen Bölkerbund vorbehalten bleiben solle.

Die territorialen Fragen entschieden.

Aus den Kreisen der Entente wurde einem Wiener Journalisten folgende Darstellung gegeben:

Die territoriale Frage sei schon entschieden. Deutsch-Öböhmen sei zwar deutsch und wolle deutsch bleiben, werde aber doch dem tschecho-slowakischen Staat zugesprochen werden, allerdings mit nationaler Autonomie unter Garantie der Entente. Die Frage von Südtirol sei im geheimen Londoner Abkommen bereits geregelt. Man bebaure es zwar, sich heute bereits die Hände gebunden zu haben, könne aber das gegebene Wort nicht brechen.

Wilson werde England keine Schwierigkeiten bereiten. In England aber sei die öffentliche Meinung für eine nicht voreingenommene Behandlung des deutschen Volkes noch nicht reif; es sei ein Zertum, von England eine großmütige Behandlung des deutschen Volkes zu erwarten. Großmut habe England immer nur Unterlegenen gegenüber gezeigt, die ihm nicht mehr gefährlich werden könnten. Das deutsche Volk sei trotz der jetzigen Ohnmacht ein Gegner, den man nicht unterschätzen dürfe.

Die Lage im Osten.

Nach der Vollziehung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 17. März gab General von Hammerstein den Alliierten einige Aufschlüsse über die Lage im Osten, die sich, wie er ausführte, in den letzten Wochen etwas verbessert habe. Trotz des kleinen Fortschritts bleibe aber die Schwäche der deutschen Truppen gegenüber den Bolschewisten bestehen, da keine Verstärkungen herangekommen seien. Durch die Genehmigung des Küstenverkehrs zwischen Libau und Windau und eines beschränkten Schiffsverkehrs zwischen Königsberg und Libau sei zwar eine gewisse Verbesserung der rückwärtigen Verbindungen eingeleitet, die Schwierigkeiten in der Heranführung der Truppen und Lebensmittel seien aber dadurch nicht beseitigt. Hierzu sei die bisher verweigerte Erlaubnis zum Seeverkehr zwischen den westlichen deutschen Ostseehäfen und Libau notwendig.

General von Hammerstein ging sodann zu der polnischen Frage über. Er wies darauf hin, daß die Polen an der Grenze Schlesiens immer rühriger werden und auch dort unter dem Deckmantel des Bolschewismus nationale Ziele verfolgen. Dadurch werde unter den Kohlenarbeitern Oberschlesiens Erregung hervorgerufen.

Die polnische Agitation

in Westpreußen und zum Teil in noch westlicher gelegenen deutschen Gebieten habe nicht nachgelassen. Es dränge sich die Frage auf, ob nicht Polen ein besonderes Interesse daran habe, nach Osten gegen die Bolschewisten aktiver zu werden, um einen besseren Damm gegen das Vordringen der russischen Gefahr zu bilden. Dies würde nicht nur für Deutschland von Vorteil sein, sondern auch die von Osten herandrängende Welle hemmen.

General Rudant bemerkte hierzu, dies sei auch die Ansicht der Alliierten. Es sei deshalb der französische General Henry unter dem Titel eines militärischen Beraters beim polnischen Oberbefehlshaber nach Warschau entsandt worden, der die Aufgabe habe,

den Widerstand an der Ostfront zu organisieren. Die von ihm verfolgten Ziele stimmten mit denen der deutschen Regierung überein, und es sei zu hoffen, daß in Kürze der Zweck erreicht werde, eine Schranke gegen das weitere bolschewistische Eindringen zu errichten.

Die tschechische Gefahr.

Die Stadt Reize sichert sich gegen die tschechische Gefahr. Der Kommandant, Oberst Britsche, der erste Bürgermeister, Dr. Brante, und der A. und S. Rat machten bekannt, daß mit einem überraschenden tschechischen Angriff gerechnet werden muß und unser Grenzschutz durchbrechen werden kann. Um einem plötzlichen Handreich entgegenzutreten, hat die Kommandantur in Reize die nötigen Maßnahmen getroffen und einzelne Befestigungsanlagen der ehemaligen Festung befehlsmäßig instandgesetzt.

Deutsches Reich.

Die neuen Steuern.

Ueber die Entwürfe des Reichsschatzamts für die neuen Reichsteuern erzählt ein Berliner Blatt:

Die neue Reichsvergünstigungsteuer wird sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und die „Jahrmärktebelustigungen“ (Raufspiele, Schießbuden usw.) erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarte dergehalt, daß diese stufenförmig mit 10 bis 30 und mehr Prozent Steuern belastet wird. Beispielsweise sollen bei einem Eintrittspreis von einer Mark zehn Pfennig Steuern erhoben werden, dagegen bei einem solchen von 20 Mark etwa 7 Mark.

Die neue Tabaksteuer wird eine Vabero'ssteuer auf Zigarren sein nach Analogie der bereits bestehenden auf Zigaretten.

Die „Grundwechselabgabe“ stellt eine Vereinfachung aller bisherigen Grundstücksabgaben dar.

Die Steuer auf Spielfarten soll wesentlich verschärft werden.

Die Novellen zu den künftigen direkten Steuern sind zurzeit Gegenstände umfangreicher Beratungen im Reichsschatzamt. Tessen Stenererechnen eröffnen Erträge zwischen 30 und 40 Milliarden! Fest steht bereits, daß die künftige Reichserbschaftsteuer auch auf Testamenten und Ehefrauen ausgedehnt werden soll. Man will übrigens nicht nur, wie bisher, die Größe des anfallenden, sondern auch jene des vorhandenen Vermögens berücksichtigen. Da die Reichsvermögenssteuer auf Landbesitz im Wege der Erfassung von Naturalien erfolgen wird oder ob, falls mehrere Steuerjahre sich zusammenziehen ließen, Varentrichtung in Frage kommt, ist noch zweifelhaft.

Protest gegen die polnische Truppenanmarsch.

Der Deutsche Volksrat in Kalmsee hat folgenden Telegramm an die Reichsregierung gerichtet:

„Gegen geplante Landung polnischer Truppen in Danzig erheben wir schärfsten Protest. Westpreußen ist ruhig, so lange seine deutsche Zukunft nicht gefährdet ist. Sollte jedoch Landung polnischer Truppen in Danzig zur Tatsache werden, wird die gesamte deutsche Bevölkerung Westpreußens zu den verzweifeltsten Mitteln greifen, um die Freiheit zu bewahren: wir wissen, daß die Landung polnischer Truppen den Beginn unserer Knechtschaft und unserer Untergang bedeutet. Wie werden wir polnisches Joch und qualvolle Verfolgung stillschweigend erdulden. Westpreußen ist unzweifelhaft deutsch von Anfang seiner Geschichte gewesen und bis zum heutigen Tage geblieben. Bleibt Westpreußen deutsch, ist seine Zukunft Glück und Segen, wird es aber vom deutschen Mutterland losgerissen, ist seine Zukunft Untergang. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben.“

Sonntagsruhe im Handel.

Die allgemeine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken tritt am 1. April d. J. in Kraft. Der preußische Handelsminister weist die beteiligten Leisenden in einem Erlaß auf diese bedeutungsvolle Tatsache besonders hin. Es dürfen vom 1. April ab im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht mehr beschäftigt werden.

Gemäß der Gewerbeordnung darf infolgedessen vom 1. April ab an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen grundsätzlich ein Geschäftverkehr überhaupt nicht mehr stattfinden. Für insgesamt zehn Sonn- und Festtage im Jahre sieht die Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe selbst Ausnahmen von diesem Verbote vor. Daneben bleiben die Ausnahmebestimmungen in Kraft, die sich in den §§ 105c und 105e der Gewerbeordnung finden.

Für Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zu Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, können danach auch fernerhin durch die Regierungspräsidenten, im Landepolizeibezirk Berlin durch den Polizeipräsidenten, Ausnahmen zugelassen werden. Von die er Remants soll nach dem Erlaß des Handelsministers vorläufig nur widerruflich und stets nur infoweit Gebrauch gemacht werden, als dies durch ein nachgewiesenes Bedürfnis erfordert wird.

Ein Geschäftsbetrieb über zwei Stunden ist nur in besonders dringenden Fällen zu erlauben. Die Geschäftsstunden sollen bei der Gestattung von Ausnahmen so geregelt werden, daß sie, wenn sie vor dem Hauptgottesdienst liegen, spätestens eine halbe Stunde vor dessen Beginn endigen und, wenn sie nach dem Hauptgottesdienst liegen, frühestens eine halbe Stunde nach dessen Ende anfangen.

Seeleute-Streik in Hamburg.

In einer Massenversammlung der Seeleute im Birkus Busch in Hamburg wurde folgende Entsch. lung angenommen:

„Die heutige Versammlung der Seeleute aller Arten verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern.“ Begründet wurde diese Entschlieung damit, daß wir außer der von der Entente garantierten ersten

Lieferung von 350 000 Tonnen Lebensmitteln nach Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr dafür haben, auch tatsächlich weitere Lebensmittel zu erhalten.

Aus Weimar.

Weimar, 19. März. Seit mehr als einer Woche haben in Weimar vertrauliche Verhandlungen zwischen den Vertretern der Einzelstaaten über die Regelung des künftigen Heerwesens stattgefunden. Es handelt sich um die Ersetzung der vor kurzem von der Nationalversammlung angenommenen vorläufigen Reichswehrordnung durch das in der Reichsverfassung vorgesehene besondere Reichswehrgesetz, bei dem die Gliedstaaten die Festlegung gewisser eigener Kontingente und damit ziemlich weitgehende Dezentralisation natürlich im Rahmen des Heerwesens wünschen. Jetzt ist laut „Voss. Ztg.“ zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Mitgliedern des Staatenausschusses ein grundsätzliches Abkommen erzielt worden, das zurzeit in seinen Einzelheiten ausgearbeitet wird.

Die Heeresbestände an Textilwaren.

Weimar, 18. März. Die Verwertung der Heeresbestände an Textilwaren, eine Frage, die in der Öffentlichkeit vielfach noch ungeklärt ist und darum zurzeit umso mehr erörtert wird, erfolgt, wie amtlich festgelegt wird, durch die Reichstextil-Altiengeellschaft für die Rechnung des Reichsverwaltungsamtes. Die berechneten Preise sind erheblich niedriger als die heutigen Marktpreise im In- und Ausland. Für die Verrechnung mit der Heeresverwaltung hat eine Kommission Durchschnittspreise festgelegt, die sich nach einem durchschnittlichen Einstandspreise der Heeresverwaltung berechnen. Die Einstandspreise beruhen zum größten Teil nur auf Annahme, da es sich im wesentlichen um enteignete Waren handelt, für die das Preisfestsetzungsverfahren noch schwebt. Es ist wahrscheinlich, daß die durch die Reichsent- schädigungskommission noch festzusetzenden Enteignungspreise höher sind, als die von der Kommission angenommenen.

Spartakus über den Generalstreik.

Berlin, 19. März. In einem neuen Flugblatt erklärt der Spartakusbund, daß der letzte Generalstreik zu einer Besitzergreifung der politischen Macht noch nicht führen konnte. Der Zeitpunkt der Machtergreifung durch das Proletariat sei dann gekommen, wenn nicht Berlin, Leipzig, Rheinland-Westfalen, abwechselnd oder nacheinander streikten, sondern dann, wenn der Generalstreik über ganz Deutschland gekommen sei. Diesem Ziel sei Spartakus in dem letzten Kampf um Meilen näher gerückt. — Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Der Spartakusbund will also die demokratische Verfassung, die sich das Volk selbst gegeben hat, durch den Generalstreik stürzen. Er wird vor dem Kampf mit den Waffen nicht zurückweichen. Hieraus kann nur ungeheures Unheil entstehen. Wir werden daher mit allen Kräften weiter kämpfen. Spartakus wird nicht siegen, und die ihn unterstützen, werden durch eigene Schuld mit ihm unter die Räder kommen.

Noske und General v. Winterfeldt bei Hindenburg.

Kolberg, 18. März. Die „B. Z.“ meldet: Reichswehrminister Noske und General v. Winterfeldt trafen heute vormittag zu Besprechungen mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg hier ein.

Ausland.

Die Lösung der römischen Frage.

„Daily Mail“ meldet aus Rom: Man spricht hier dem Besuch des Kardinals Amette beim Papst große Bedeutung zu, da er im Zusammenhang stehen soll mit der Lösung der römischen Frage. Es steht fest,

daß der Erzbischof von Paris, der vor seiner Abreise nach Rom mit Clemenceau Besprechungen hatte, mit einer besonderen Sendung beauftragt ist. Ein zuverlässiger Berichterstatter sagt, daß die Großmächte die Absicht haben, den Beitritt des Papstes zum Völkerbund zu verlangen. Dies würde die Anerkennung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles bedeuten und wäre die Lösung der römischen Frage.

Fürstbischöfliche Güter beschlagnahmt.

Die tschechische Regierung hat die österreichischen Besitztümer des Fürstbischöfs von Breslau in Jauernig für den tschechischen Staat in Zwangsverwaltung genommen und die dortigen fürstbischöflichen Beamten durch eine aus drei Prager Regierungsbeamten bestehende Kommission auf die tschechisch-slowakische Republik vereidigen lassen.

Auch die jenseits der Grenze gelegenen Güter der schlesischen Stadt Patzschau sind von dieser Kommission mit Beschlagnahme belegt worden.

Die französische Marine hat die in Spanien internierten deutschen U-Boote in Besitz genommen.

Die das „Journal officiel“ in Paris mitteilt, sind die Beschlagnahmen des ehemaligen Kaisers in Urville (Vothringen) unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Der Prozeß gegen den Mörder von Jaures wird am 24. März beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

Der internationale christliche Arbeiterkongreß ist in Luzern zusammengetreten. Er ist von den meisten Ländern Europas zahlreich besetzt worden.

Norwegische Massentunfische für einen persönlichen Frieden. Die sechs Bischöfe Norwegens haben einen Aufruf zugunsten eines persönlichen Friedens erlassen, dem sich 118 106 Stimmen angeschlossen haben und der der Friedenskonferenz der Alliierten übermittelt wurde. Ein Telegramm in gleichem Sinne richteten hervorragende Männer und Frauen aus allen christlichen norwegischen Kreisen an Wilson, das 70 000 Stimmen unterstüht. Eine von der Friedensvereinigung norwegischer Pastoren vorgeschlagene, ebenfalls an Wilson gerichtete Resolution ähnlicher Art, die in 450 Kirchen vorgelegt wurde, fand die Unterstützung von 125 000 Gemeindegliedern.

Feste in Moskau.

„Mitleidlose Anwendung von Feuer und Schwert.“

In Moskau fanden anlässlich der sogenannten dritten Internationale im Kreml öffentliche Feste statt. Nach dem Bericht der „Zvezditsa“ waren 32 Delegierte anwesend, die die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder vertraten. Auch Deutschland war vertreten.

Lenin forderte in seiner Einführungsrede die Völker von Europa auf, an der allgemeinen kommunistischen Revolution teilzunehmen. Er sagte, daß die Zustände überall reif dafür seien und daß ein schneller Sieg sicher sei. Nachdem er über seine Reise über die Schweiz durch Deutschland nach Rußland berichtet hatte, sagte der französische Delegierte Guillebeau: „Der grausame Friedensvertrag, den Lloyd George, Clemenceau und Wilson Deutschland auferlegen, wird schnell durch die kommunistische Revolution annulliert werden, ebenso wie der Frieden von Brest-Litowsk aus der Welt geschafft wurde.“

Der deutsche Delegierte Albert sagte, daß er nach seiner Rückkehr seinen Freunden, den Spartakisten, erzählen werde, daß die Sowjetregierung ihnen alle möglichen Unterstützungen angedeihen lassen wolle und zwar bis zum endgültigen Siege. Trotz wurde mit Jubel empfangen und mit dem Rufe: „Es lebe der Gründer der Roten Armee“ begrüßt. Trotz forderte dann die Versammlung auf, die kommunistischen Ziele hochzuhalten und schloß mit den Worten: „Auf zur allgemeinen Diktatur des Proletariats durch mitleidlose Anwendung von Feuer und Schwert.“

Verschiedenes.

Ein Zentner Kartoffeln fünfzig Mark. Die seit einiger Zeit für Berlin bestehende mangelhafte Kartoffelzufuhr, die wohl auf die vorübergehende Unterbrechung des Zugverkehrs mit dem Osten zurückzuführen ist, hat die Erzeuger in der Umgegend Berlins veranlaßt, die Konjunktur auszunutzen. Von Leuten, die Hamsterfahrten nach Kartoffeln ausführen, werden fünfzig bis sechzig Mark für den Zentner verlangt und auch bezahlt.

Die strafbaren Bleisoldaten. Der Geschäftsführer des Krefelder Warenhauses Leonhard Tieg, namens Nassau, wurde vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Francs Geldstrafe verurteilt, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Bleisoldaten vorgefunden wurden, die die Kämpfe zwischen deutschen Feldgrauen und ihren Gegnern darstellten, bei denen die Feinde nicht besonders gut abschnitten. Nassau wurde erst aus der Haft entlassen, nachdem die Firma Tieg 100 000 Mk. Sicherheit gestellt hatte.

Letzte Nachrichten.

Abbruch der Posen Verhandlungen.

Die „St. Allgem. Ztg.“ schreibt offiziell: Wie wir erfahren, sind die Posen Verhandlungen mit den Polen heute durch die Entente abgebrochen worden. Die deutsche Kommission reist heute abend nach Berlin zurück.

Der Zwang zum Frieden.

Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo“ meldet, hat die Forderung Wilsons, den Völkerbundentwurf in den Friedensvertrag mitaufzunehmen, in England große Beunruhigung hervorgerufen. England sowohl als Frankreich könnten aus innerpolitischen Gründen eine längere Fortdauer der Ungewißheit über den Frieden nicht vertragen, und angesichts der Haltung der englischen Arbeiterschaft befürchte die Gefahr, daß sich in Großbritannien Verhältnisse entwickeln könnten, die eine Gefahr für alle Länder bedeuten.

Die gesamte Presse besteht nachdrücklich auf einem sofortigen Friedensschluß mit Deutschland, und betont, daß Wilson sich unter diesen Umständen damit begnügen soll, nur die Grundbedingungen des Völkerbundes in den Friedensvertrag aufzunehmen.

Lloyd Georges Sorgen.

Lloyd George hat beschlossen, Paris vorläufig nicht zu verlassen, um an den wichtigen Beratungen über den Frieden und den Völkerbund teilzunehmen.

„Telegraaf“ meldet aus London, daß Lloyd George im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft den Arbeiterführer Thomas ersucht hat, sofort nach Frankreich zu kommen. Thomas begab sich im Flugzeug nach Paris. Vor seinem Fluge sagte Thomas zu Journalisten, die Aussichten seien sehr schlecht.

Der Döschung.

Der Reichswehrminister Noske hat in Kolberg mit der Obersten Heeresleitung eine eingehende Besprechung über den Döschung, besonders auch über den Schutz Ostpreußens gehabt. Dabei ist auch die Eingliederung der für den Döschung tätigen Freiwilligenverbände in die Reichswehr zur Sprache gekommen.

Das amtliche lettische Pressebüro meldet aus Libau: Am 16. März wurde die Stadt Libau eingenommen. Den Bolschewisten ist der Rückzug in ganz Nordrußland abgebrochen. Eine lettische Truppenabteilung hat Prihden erreicht.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bielefeld.

Druck und Verlag: Druckerei Bielefeld bei Bielefeld, Bismarckstr. 11, am Markt.

Wertvolle ernste Konfirmations- und Ostergaben!

Lernst Du beten?

Ein Gebetbuch von P. Samuel Keller.

Mit Buchdruck von den Kunstmalern G. Röder, Barmen, und K. Ditz, Leipzig. Text in altdeutscher Fraktur — zweifarbig — Einband mit Goldprägung nach einem auf den Inhalt abgestimmten künstlerischen Entwurf. Eingangsblatt nach dem Motiv des Mörkerschen Gedichtes: „Herr, schicke, was du willst“, von Kunstmalern K. Ditz-Leipzig.

Ein Buch wie geschaffen für unsere Zeit. Was der bekannte Verfasserkennner Keller hier sagt über wirkliche Gebetsübungen, über das tatsächliche Eingreifen Gottes in die Geschichte der Menschheit, was er in den Gebeten selbst an Reichtum der Erhebung und Erbauung bietet, muß Leben, auch den fernstehenden neu und hoffnungsfreudig beleben. Im Vereine mit der würdigen äußeren Ausstattung dürfte dieses schöne gehaltvolle Gebetbuch weit über den Abgabekreis christlicher Literatur hinaus anziehend wirken!

Preis geh. Mk. 2.—, geb. Mk. 3.— und 20% Feuerungszuschlag!

Verlagsbuchhandlung Max Koch, Leipzig, Turnerstraße 10.

Ein Buch für Deutschlands Frauen und Mädchen!

Kriegserlebnisse einer ostafrikanischen Missionsfrau.

Von Anna Rascher.

Preis hübsch kartoniert 2.— und 10% Feuerungszuschlag. Porto und Verpackungsgebühren außerdem.

Wie unsere Brüder fern von der Heimat kämpfen und leiden, wie deutsche Frauen bis zum Tode unter viel schwereren Lasten als bei uns, tapfer und treu aushalten, erzählt uns das Buch zuerst. Dann begleiten wir die Verfasserin und ihre Leidensgenossinnen auf ihrem langen Leidensweg in belagerten Gefangenschaftsruer durch ganz Afrika und übers Meer nach Frankreich bis zum endlichen Austausch. Wer das überaus fesselnde Buch in die Hand nimmt, wird es kaum wieder legen, ehe er es bis zur letzten Seite durchgelesen hat, und tiefe Bewunderung wird ihm bleiben gegen diese Frau, die selbst krank und entkräftet, um ihre kranken Kinder, von denen das kleinste erst halbjährig war, bangend, oft unter unglücklichster roher Behandlung leidend, den Mut nicht verliert und im Vertrauen auf Gott aufrecht bleibt. Nicht nur für alle Missionsfreunde, sondern für die ganze deutsche Frauenwelt das schönste Geschenk.

Buchhandlung der Anstalt Bethel Bethel bei Bielefeld.

Werbet für die Zeitung!

Plantoxsoße für 4 Personen.

1/2 Liter Wasser, 1 Teelöffel Plantox, 1 Eßlöffel Mehl, 1 Eßlöffel Essig.

Das Wasser bringt man mit dem Plantox ins Kochen. Das Mehl rührt man mit 2 Eßlöffel kalten Wassers aus, gibt es unter Rühren an die Plantoxbrühe, kocht die Soße zwei Minuten, dann gibt man Essig hinzu und läßt die Soße noch einmal aufkochen.

„Plantox“ ist in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/4, 1/8 und 1/16 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

Für 19jähr. gefundenes Mädchen, Mägderochter, etwas harthörig, aber mäßig, wird

einjähr. Aufenthalt

in ruhiger Familie, Land oder Kleinstadt, 3 m Erlernen des Haushalts gesucht. Pflegegeld 50-600 Mk. kann gezahlt werden. Zauleck, i. Tr., Bochum.

Bohnerwachs

hat wieder vorrätig Adolf Mühlenweg, Bielefeld.

Küchenschürze

per St. M. 5.80, drei St. M. 16.75

Strassenwirtschaftsschürze

eleg., per St. M. 9.50, drei St. 27.50

dieselbe Zeitig bedruckt M. 14.— drei Stück M. 40.—

Damenhauschürze

sehr eleg. M. 13.—, drei St. 37.75

Männerschürze

per Stück 6.25, drei Stück 18.—

August Kettig, Dessau G. 16. Abteil. Textilwaren u. Zellstoffe. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Nr.

Betet

ihn alle

~~~~~

In R

a b s t i m m

de u t s c h e

aus dem

Redakteur

Verleger

Stein und

dem Rhein

am 10. 9

schlossen:

1. Wir

unser

2. Wir

Umst

Reich

3. Wir

deutsc

aufge

Rhein

darf

fallen

4. Wir

Verla

aus

der V

staat

die n

det

flutun

zwich

5. Daher

deutsc

gen

W o l

bieten

Die „R

mit einem

wichtiger,

Frage eine

dann weiter

„Es g

und Schri

Kreisen b

fassungen

in den V

bieten vor

macht. I

Wochen

jeder we

sein.“

A m f e r

daß Frankr

beden einver

rheinischen

republik ge

bestehe keine

aber unmögl

dauernd ihr

halb werde

periode erri

dem erneute

pflichtungen

westrheinisch

land zurück

bleiben. Bis

seht bleiben

gliber des

Dauer dieses